



Grundlage des direkten, gleichen und allgemeinen Wahlrechts mit allgemeiner Stimmabgabe erwählt werden.  
2. Die sofortige Einstellung des Krieges mit Japan.  
3. Die sofortige Befreiung aller wegen politischer und religiöser Meinungsäußerungen und Verdächtigungen und Entstellungen aller ähnlichen Prozesse.  
4. Die sofortige Einführung des achtstündigen Arbeitstages für alle Lohnarbeiter in allen industriellen, landwirtschaftlichen und Handelsbetrieben.  
Wir werden die Waffen nicht niederlegen, bis alle unsere Forderungen erfüllt sein werden, bis werden wir auch in der künftigen Versammlung — welche Russland freie staatliche Institutionen gewähren soll — nicht aufhören, für die Schaffung solcher politischen Formen zu kämpfen, die die Freiheit und ungehinderte Entwicklung unseres Kampfes um die ganze Fülle der nachfolgenden proletarischen Forderungen, um unser Endziel, den Sozialismus, führen sollen.  
In der konstituierenden Versammlung werden wir fordern:

1. Abschaffung des autoritären Regimes und Erhebung desselben durch eine demokratische Republik auf Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit allgemeiner Stimmabgabe.
2. Weiteste lokale Selbstverwaltung auf Grundlage des gleichen Wahlrechts und territoriale Selbstverwaltung für diejenigen Bezirke, welche sich durch besondere kulturell-gesellschaftliche Bedingungen im Zustande der Bevölkerung kennzeichnen.
3. Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung, unbedingte Freiheit des Gewissens, des Wortes, der Presse, der Versammlungen, der Streiks und der Vereinigungen.
4. Aufhebung der Standesunterschiede: Gleichberechtigung aller Bürger, ohne Rücksicht auf Geschlecht, Religion, Rasse und Nationalität.
5. Abschaffung aller Ausnahmegesetze gegen einzelne Nationalitäten; vom Gesetz garantierte Freiheit der kulturellen Entwicklung für jede Nationalität; das Recht in der Mutterprache Bildung zu erhalten und überall, in allen öffentlichen, gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen und Versammlungen in der Mutterprache reden zu dürfen.
6. Wahl der Richter durch das Volk; das Recht jeder Person, im gewöhnlichen Verfahren jeden Beamten vor das Geschworenengericht zu ziehen.
7. Kriegung des lebenden Heeres durch eine allgemeine Volksbewaffnung.

Es gibt in der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche.  
Der Wirtel soll. Nichts kann den Zusammenbruch des mit tausendfacher Schuld und tausendfacher Last beladenen russischen Absolutismus mehr aufhalten. Vor hundertfünfzig Jahren mochte die Freiheitswelle vom Westen nach Osten; jetzt stürzt sie von Osten nach Westen zurück.

## Bur Revolution in Russland.

Die Bauernrevolten haben nun auf den südlichen Teil des Reichs Komagorod übergriffen. Die Bauern fordern, die Aufhebung des Grundbesitzes. In den Wäldern der Gutsbesitzer fällen die Bauern Holz und lassen sich durch keine Drohungen, das Axtschlagen kommen werden, abhalten.  
Zunahme der Bauernrevolten werden auch Polen, Litauen und Westrußland gemeldet.  
Eingekerkert wurden von Bauern drei große Gutsbesitzer bei Kiew, die einem Großfürsten, einem Baron und einem dritten Großgrundbesitzer gehören. — Eine Bekehrung des Großfürsten Sergius im Gouvernement Orl wurde völlig ausgeblendet.  
Die Ausstände der Arbeiter dauern in verschiedenen Städten an, doch läßt sich ein sicheres Urteil über Umfang und Wirkung nicht gewinnen.

Ans Barfossa wird berichtet, daß die Räuberbanden in Rußland-Polen bedeutend zunehmen. In Chruszowgrady drangen 10 Räuber in ein Gut und raubten daselbst völlig aus, wobei die anwesenden Personen erschlagen wurden.  
Eine Explosion ereignete sich auf dem Theaterplatz in Moskau. Mehrere Personen, von denen eine verumdet ist, wurden verletzt.  
Im speziellen meldet der Telegraph noch folgendes:

in Mex und verlor ohne einen ersichtlichen Grund seine Ueberlebend nach Nanc.  
Um die Zeit, die ihm so langsam verging, auszufüllen, meinte er sich bei dem Springbrunnen spielen. Wenn er wieder zur Spielbank zurückkam, legte er sich auf eine Bank, neigte den Kopf zur Erde und zeichnete mit seinem Tode Linien in den Sand, ohne jedoch aufzuheben, in die Ferne zu spähen. Und wenn die Stunden vorübergefallen waren, blieb er wie im Fieber zurück. Die geheime Enttäuschung, die er erlitt, grub ihm Faltten in die Stirn. Und wenn er nach Hause zurückkehrte, fühlte er tief in der Seele den Schmerz der gestählten Hoffnung.  
Eines Nachmittags erlebte er eine gemaltige Aukreuzung. Wie er nach seiner Betäubung wieder auf seiner Lieblingsbank saß und, ohne sich selber die geheimsten Gedanken einzulassen zu wollen, wartete, hielt ein großer Drost, den ein Fliazier führt, auf der Schaulust.  
Der Fliazier erkannte seinen Schpielgenossen und seine Tochter. Ihre heißen Ränder fliegen in der Begleitung eines Wächters vom Wagen herunter.  
„Spiel sein und ich arzt“, tief ihnen Zuse zu, indem die Herbe wieder davon trachten, „wir werden Euch im Vorbeifahren wieder abholen.“  
„Auf Wiedersehen, Mutter.“  
„antwortete die Kinder auf Französisch, mit ihren kleinen Pfatthändchen, die in weissen Handschuhen steckten, warfen sie ihren Eltern Küsse zu.“  
Fischerhüt betrachtete Stodmann diesen kleinen Vorfall, der ihm gar nicht wichtig war. Als der Wagen fortgerollt war, fand er von dem „Hant“ auf und ging von weitem, wie schon oft, seiner Entschlindern nach, ohne sich ihnen zu nähern.  
Es fiel ihm auf, daß Michel groß geworden war und Augusta recht schön ausah.  
Und still und ganz leise flüsterte er seine Besorgnisse, die er als Grovater empfand, vor sich hin.  
„Diese Kinder sollten alle Wein und kräftiges Fleisch bekommen.“ Man gibt ihnen nicht genug. Und gewiß müssen sie schon arbeiten. Zuse war immer fürs Fernen. Sie strengt sie für ihr Alter zu sehr an. Es ist unvernünftig. Sie sollten nur an ihre Spiele denken. Sie sind wichtig in den kindlichen Augen, wenn die Erpfindungen in der Familie am ähnlichsten sind. Nach seiner Meinung —

Petersburg, 15. März. Nach Berichten der Nowoje Wremja können heute höchstens noch 60 000 Mann der 8. Armee inhaft sein. Die Stimmung ist entsprechend erregt. Das Publikum fordert die Veröffentlichung aller eingetroffenen Telegramme und belagert den Generalstab. Alle Wähler, außer der Nowoje Wremja, drängen zum Frieden. Ruch meist, eine Volksvertretung müsse berufen werden und über Beendigung oder Fortsetzung des Krieges entscheiden. Fürst Lichnowski führt sich mit seinem neuen Blatt Nischojot auf ein durch Unterstützung der Friedensbewegung; ebenso wird in allen Schichten der Bevölkerung für den Frieden eingetreten. Der Uspoonce (Kompromißler) von der politischen Partei pflegt mit den gemäßigten Taten Verhandlungen wegen gemeinsamen Vorgehens gegen die Autokratie.

## Tagegeschichte.

Falle a. S. 16. März 1905.

### Im Reichstag

Nach dem Mittags- der Rätefreud und Jütenliebhaber erschienen, der für die deutsche Reichspolitik verantwortlich zeichnet. Die Beilage, die der geliebte Erdruhm stiftet und weislich des Hirs bezeugt hat und bezieht, scheinen über den Grafen Willow sich zu haben, mit dem prächtigen Frühlingserwartung kaum wenig harmonische. Jedenfalls schmückte Bismarcks sel. Erbe diesmal seine Neutralitätsvorlesung mit weniger Wichmannzitate aus, als er sonst zu tun pflegte. Auf des Genossen v. Volkmar großangelegte Rede, die in einer energischen Mahnung auslang, endlich das unwürdige Ruffenjos abzuwischen, wieder Willow nichts weiter zu erwidern, als die hundredmal wiederholte Behauptung: wir sind neutral, wir waren neutral, wir werden neutral bleiben bis in alle Ewigkeit. Rein Versuch dieser Neutralität irgendwem im höheren als im mechanischen Diplomatensinne aufzuweisen. Ein freisinniger Schöndreder, der Abg. Dr. Müller-Weinings, mußte den ersten Beamten des Reiches darauf aufmerksam machen, daß eine wirkliche Neutralität gegenüber Rußland auch eine Neutralität gegenüber den inneren Vorgängen in Rußland und eine Verzichtleistung auf die jetzigen russischen Regierung geleisteten Dienste ist sich schließt. Die Fortwährenden des diplomatischen Geschäftes, die dem Reichstag durch den Grafen Willow, mit den frühesten im Rußland durch das eintreffende Brief, versteht sich am Bande; auf die Englanddelegation aber des hochsteinigen Größelins, dem nebenbei japanisch-deutsche Mischen den Schlaf rauben, kann auch ein Willow sich nicht entziehen. Die Zentrumredner, Gröber und Spahn, von denen der erstere auch den sehr berechtigten Wunsch nach einer Vertretung Groß-Lothringens im Bundesrat aussprach, neigten in der Beurteilung des preussischen Ausweisungswunsches zur Linken herüber; um so auffälliger war die Fubelbesessenheit, mit der der vordringliche Jüngling Erberger dem Reichsanwalt Material zur Sozialistenführung (das Jutit aus der Schwäbischen Tagespost) zu apportieren suchte. Den Klagen des Dänen Jensen und mehrerer polnischen Abgeordneten über die in den Grenzmarken florierende Ausweisungspolitik trat mit minimalem Erfolg Graf Wolowitsch entgegen, der dergleichen einen wahrhaft inmalubigen Scherz aufbot, um nachzugehen, daß das preussische Anordnungsgebot nicht rechtsverfassungsmäßig sei. Wenn wir noch erwähen, daß Graf Willow bis mit dem gewöhnlichen Preiselohn, um die Anerkennung Groß-Lothringens als selbständiges Bundesmitglied heranzuführen, die über die wesentlichen Momente dieser Mittags-Sitzung erzählt. Am Donnerstag wird wahrscheinlich als erster Redner Genosse Rebel das Wort ergreifen.

### Im preussischen Abgeordnetenhaus

wurde gestern über die Notlage der Minister verhandelt. Im Etat des Staatsministeriums sind für sieben preussische Staatsminister Stellenungen von je 14 000 Mark geordert, so daß die Herren dann statt 36 000 Mark 50 000 Mark Einkommen haben würden. Die Budgetkommission hat die Etatsforderung bewilligt, ist aber über sie noch hinausgegangen, indem sie die Bestimmung des § 10, Ziffer 5 des Verfassungsgesetzes, wonach die Hälfte der Bundesratsverdienstes, bis über die über 12 000 Mark des Einkommens hinausgeht, auf das Einkommen von Staatsministern nicht anzuwenden befehlen hat. Von den Nationalliberalen, Konserverativen und vom Zentrum wurde beantragt, die Ziffer § 10, 5 des Verfassungsgesetzes überhaupt aufzuheben, so daß die Verminderung der Pension für die

höher besoldeten Beamten überall in Wegfall kommen soll. Die Julage von 14 000 Mark an die Minister soll nicht penfionsfähig sein. Immerhin werden dadurch die Minister auch in den Pensionen erheblich besser gestellt, da höher nur 24 000 Mark ihre Gehälter penfionsfähig sind, während die Pension in Zukunft bis ganze 30 000 Mark sein. Gegen die Forderung selbst wurde nur von dem freisinnigen Abgeordneten Wiemer Widerspruch erhoben. Er erklärte an, daß eine Erhöhung der Gehälter ausnehmend sei, lehnte sie aber aus dem Grunde ab, weil sie ausdrücklich mit der erhöhten Repräsentationspflicht begründet. Auch gegen den Antrag, die Pensionen nach dem der Reichstag das Reichsbeamten- und Militärpensionsgesetz in gleichem Sinne ändern werde, weil jetzt das preussische Beamtenpensionsgesetz geändert werden soll, und es doch nicht mündigenswert ist, daß eine Ungleichheit zwischen Preußen und dem Reich entsteht. Die letzten Parteien befragten alle die Julage; nur Herr v. Bellin hatte im einzelnen Bedenken. — Sowohl die Etatsforderung wie der Antrag der Mehrheitsparteien auf Aufhebung des die Pension beschränkenden Paragraphen des Verfassungsgesetzes wurden angenommen.

Sehr hübsch war die Begründung des Abg. v. Sabatany, der seine Zustimmung zu der Gehaltserhöhung deshalb gab, weil die Minister so viele Ausgaben für Wohlthätigkeitszwecke zu leisten hätten. Die Minister sahen in der Sitzung nicht amende, sondern ließen sich durch Geheimräte vertreten. Unterstaatssekretär Dombos führte das Wort; aus seinen Ausführungen ist erwidert worden, daß die preussische Regierung ihren Einfluß im Bundesrat dahin verwenden will, nur aus der Reichsministerwahl und dem Staatsrat der Reichsministerwahl die gleichen Stellenungen erhalten. Beim Etat des Abgeordnetenhauses kam es zu einer Debatte, die ihren ursächlichen Zusammenhang mit der eben beschlossenen Julage für die Minister fand. Der Zentrumsgewählte Dr. Borich wachte die Erwählung von Repräsentationsgliedern für die Präsidenten des Herrenhauses und der Abgeordnetenhauses an, und alle Parteien mit Ausnahme der Konserverativen stimmten der Anregung zu. Es bei den Konserverativen solche Scham vorlag, weil sie ja gegenwärtig den Präsidenten stellen, oder etwa der Wunsch maßgebend war, daß möglichst immer hochadlige Herren und nicht etwa mehr oder weniger unheimliche bürgerliche Abgeordnete den Präsidentenstuhl bestiegen, schloß er die Rede des Reichsministers ab. Die Reichsminister stimmten dem Antrag zu. Bei der dritten Lesung wird sich die Anregung ebenfalls zu einem Antrage verhalten, und die Regierung wird nach der Bewilligungsfähigkeit, die der Landtag ihr gegenüber bewiesen hat, sich nicht anders als zustimmend verhalten können. — Der Rest des Etats wurde debattiert angenommen.

Seine beginnt bereits die dritte Lesung des Etats.

### Preußen und die Reichs-Einkommensteuer.

Als jüngst in die Budgetkommission des Reichstags Genosse Singer auf die bekannte Erklärung zu sprechen kam, die der preussische Finanzminister im Abgeordnetenhaus über die Frage der Reichs-Einkommensteuer abgegeben hat, hat ihn der Reichs-Einkommensteuer mit einem abschließenden Urteil so lange zu warten, bis der authentische Text der preussischen Regierungserklärung erschienen ist. Dieser authentische Text liegt nun vor. Herr v. Rheinbaben hatte zunächst erklärt, daß sich die Reichsfinanzreform noch im Zustande der Vorbereitung befände und hatte hinzugefügt:

„Ich möchte nur betonen, daß meines Erachtens von einem Besatz der preussischen Einkommensteuer gar keine Rede sein kann; denn ich möchte nicht, wie die Bundesstaaten dazu kämen, auf den Vertrag zu verzichten, den sie gegenwärtig haben. Es ist für Preußen ein Objekt von 11 Millionen, auf das wir niemals verzichten können. Wenn ja einmal der Herr v. Rheinbaben darin bestünde, daß der Reichs-Einkommensteuer für die Bundesstaaten vollkommen ungangbar ist.“

Diese Worte des preussischen Finanzministers brauchen nicht als eine offene Abgabe an das Projekt einer Reichs-Einkommensteuer betrachtet zu werden, wenn man annimmt, daß Herr v. Rheinbaben Preußen nicht das Monopol der Erbschaftsteuer gerechtfertigt sondern nur jene Erträge sichern will, die bisher aus der preussischen Erbschaftsteuer geflossen sind.  
In diesem Falle würde es sich um ein nebensächliches Bedenken handeln, das leicht beiläufig werden kann. Aber in Wirklichkeit spricht aus der Rede des Finanzministers immer doch eine entschiedene Feindschaft gegenüber dem Reichsprojekte; die Frage, ob und wie die Einkommen für den Ausfall der Erbschaftsteuer entschädigt werden sollen, löst sich für den unbetaglichen Beurteiler von selbst. Die Regelung der Reichsfinanzen ist für die Einkommen ein so großer finanzieller

vor Jurat, daß die eigenen kleinen Geschäfte gelöst werden. So lange wir noch für die Wahlfrage von Wert sein werden, so lange ein Abgeordneter für seine Verehrtheit oder seinen Namen nicht kauft, kann daraus gehen, von den allfälligen Wählern zu werden, so lange wir noch die Wahlfrage noch den Trost haben, aus dem allgemeinen Mann heraus auch unsere Namen zu hören. Doch ich fürchte, daß selbst dies auch bald aufhört, weil die, welche so über uns reden, entweder die Dummheiten unter den Wählern sind oder patriotische Großsprecher, Drabler und Aufwächter. Sie erschrecken nicht, wenn sie die Wahlfrage die verhängnisvolle Wahlfrage in Angelegenheiten geben ein letztes Thema für die Rede ab, die sonst keine wichtige Sache zu verhandeln haben. Und man kann in Paris noch auf billige Weise zu einem Namen kommen, wenn man in großem Maßstabe an der Statue von Straßburg Blumen niederlegt.“

„Sie leben alle so schwarz“, entgegnete seine Freunde.  
„Denn man aber etwas nicht mehr reden, so wird es verfallen die, welche die Statue von Straßburg mit Blumen schmücken, erhalten in Frankreich den Gedanken an die Rheinische Lebens.“

„Ach, selber glaube ich richtig zu sein!“ begann Stodmann wieder und betrat mit die gleichen Ansichten und Beweisführungen, die er einst so streng beurteilt hatte. „Seid mir in Frankreich wohl, ist mit mancher Mission verloren gegangen. Ich ich fühle, wie mir das Herz in der Brust unter dem Gewicht der Verantwortung zu versinken scheint. Ich fürchte, daß die Zeitungen lesen, verweigere ich, denn es wird mir bewußt, daß jene Trambelweiber, jenes Trampelengeldmutter nur zur Beklemme für einige wenige summatibche, ehrtägige Verhältnissen dienen. Es gibt Leute, die unsere patriotischen Gefühle ausbeuten, genau wie jene, welche die Beklemme der ihre eigenen Klanten ausbeuten. Ich, Gues, Erwachen wird, wiederholt wiederholt werden, wenn ihr später die Wahrheit erkennt. Man sich angeht, so habe ich tief meiner Unkenntnis in Ranc alle Bitten und Besorgnissen irgend welcher patriotischen Verbindung meine Türe verschlossen. Sie machen zu viel Ranc, sie feiern zu viel Feiern, sie halten zu viel Feiern. Die Führer sind recht schifflos, sie sind nicht klug, wenn sie nicht klug sind, wenn sie jeden ihrer heiligen und frommen Aufrufe die Deutschen das noch so schwerer machen, daß jede ihrer Protestationen für das Glatz zu einer neuen Lebensquelle wird, daß jeder Schampannegetränk, den sie lärmend auf unter Wohl leeren, uns mehr und mehr zu Grunde richtet und tiefst furchtbarer Maßregeln wegen herausfordert. Meine Zustimmung würde größer, wenn die Protestation sich schweigend verbiete unter der Verborgenen würde. Ich kann den Lebenserklärungen, die man auf allen Gassen ausruft, keinen Glauben mehr schenken.“

(Fortsetzung folgt.)

Vorteil, doch am „Objekte von 11 Millionen“ nicht erst lange geschickert zu werden brauchte. Der Plan einer ausgiebigen Reichsversicherungssteuer wird also auf alle Fälle mit dem Widerstande Preussens zu rechnen haben.

### Die Sozialdemokratie und die auswärtige Politik.

Die Stellung der Sozialdemokratie zu den Fragen der auswärtigen Politik bildet für den Reichstagsler eine Quelle ewiger Widersprüchlichkeit. Es ist merkwürdig, daß ein so erleuchteter Mann, wie es der berühmte Kenner innerer und äußerer Reichsangelegenheiten doch wohl sein muß, in diesem Falle sich so vollkommen unabhängig zeigt, einen einfachen Gedankenengang zu begreifen.

Die internationale Sozialdemokratie kennt überhaupt keine Politik, die von ihrem Standpunkte aus eine auswärtige zu nennen wäre. Denn die „Nation“, die sie vertritt, ist das internationale Proletariat, ihr Vaterland ist die ganze von Menschen bewohnte Erde. Daher ist alles, was die Interessen des Proletariats berührt, für die Sozialdemokratie eine „internationalistische“ Angelegenheit. Es kann also vernünftigerweise für sie kein Grund vorhanden sein, sich in die „inneren Angelegenheiten eines fremden Staates“ nicht einzumischen. Ihre Theorie und ihre Praxis stimmen vollständig mit einander überein.

Der nationalökologische Klassenkampf selbst föhrtend in der internationalen Politik eine andere Theorie betreten. Grundlage seiner Politik ist das sogenannte „nationale“ Interesse, das in Wirklichkeit aber nichts anderes als das Interesse der Nation beherrschenden Klassen ist. Die herrschenden Klassen aller Länder führen gegen einander den Kampf um den Futterplatz, sie sind aber durch das Band der internationalen Klassen Solidarität verbunden, wo es gilt, eine revolutionäre Volkserhebung niederzuschlagen.

Theoretisch stellt sich Graf Bismarck auf den Standpunkt, daß ihm die innere Vorgänge in Ausland nichts angingen, seine Gesinnung, bestände sie auch nur in einer Ausdehnung von Reichthümern, gilt seiner theoretischen Staatsweisheit als ein schwerer politischer Fehler. Theoretisch ist er bereit, einer etwaigen russischen Republik eben so tiefe Wunden zu machen, wie dem russischen Zar. Das ist nun, wie die Sozialdemokratie immer wieder betont, ein unhaltbarer Standpunkt, den der Reichstagsler praktisch gar nicht vertreten kann und praktisch gar nicht vertritt. Hinter der unerschütterlichen weißen Fehlbildung glüht kein mehrdenkliches Fünkchen für alle Nikolaj und Bobodoneses. Er leistet dem Zaren alle nur möglichen Vorkühnheiten im Kampfe um die Erhaltung seiner Selbstherrschschaft. Und das tut er nicht aus persönlicher Dummheit, Bosheit oder aus Ungeläch, sondern er tut es, weil das die notwendige Konsequenz der preußisch-reaktionären Politik ist.

Während die Sozialdemokratie alles Erdensüchtige tut, um den deutschen Reichstagsler zur Erkenntnis der Beweggründe seines eigenen Handelns zu bringen, bleibt dieser immer in der fixen Idee befangen, die Sozialdemokratie wolle ihn dazu bewegen, Ausland gegenüber eine feindselige Haltung einzunehmen. Aus einer ebenso bedäuflichen wie selbstverwundlichen Bemerkung der sozialdemokratischen Presse, die deutschen Arbeiter würden, wenn sie an der Macht wären, ihren russischen Brüdern Hilfe bringen, beneidet der Reichstagsler freud und froh, die Sozialdemokratie wolle das Deutsche Reich in den Krieg mit Ausland ziehen.

In Wirklichkeit will die Sozialdemokratie einen Krieg Deutschlands gegen Ausland ebenso wenig, wie sie Herr Ribbors auffordert, dem Vergewaltigerverband beizutreten oder den Grafen Bismarck in Arbeitervereinen politisch-wissenschaftliche Vorlesungen zu halten. Es weiß, daß von diesem Preussens-Deutschland nichts anderes zu erwarten ist als eine Unterjochung der russischen Antirevolution. Um diesen natürlichen Bund zu lösen, wendet sie die einzige Macht auf, die ihr bis auf weiteres zur Verfügung steht, die Macht der Kritik. Sie stachelt die öffentliche Meinung wider eine Praxis auf, die zwar den Bedürfnissen der herrschenden Mächte durchaus entspricht und von ihrem Standpunkte aus durchaus vernünftig ist, die aber zu dem Gerechtigkeitsgeföhle, dem menschlichen Empfinden der erwachenden Massen in freierem Gegenlicht steht. Sie will zeigen, daß eine auswärtige Politik, die aus der Sogit der herrschenden Klassen entspringt, unvereinbar ist mit der Ethik der besterzogenen Nationen.

Dieser enge Zusammenhang der Dinge ist selbst dem preußischen Justizminister Herrn Schmidt nicht entgangen. In der Bezug auf die russische Revolution im Reichstag ganz einfach die berühmte Erklärung abgab: „Tua res agitur.“ — „Um Deine (nämlich des königlich-preussischen Staatsministers Schmidt) Sache handelt es sich.“ Was so einfach ist, daß es sogar ein preussischer Minister, mehr noch, der preussische Justizminister begreift, kann der erleuchtete Kanzler des Deutschen Reiches durchaus nicht verstehen.

Der auch: er tut bloß j. Graf Bismarck ist ein Diplomat. Und noch harmloser ausfallen zu wollen als man's wirklich ist, gehört zu den alten Hausmitteln der Diplomatie.

Die Subkommission des Reichstages die gestern die Beratung des Militär-Etat fort. Eine längere Diskussion entstand nur bei dem Kapitel „Adjutant der Fürstlichkeiten usw.“, wobei Abg. Sudekm (Soz.) beantragte, die Ausgabe zu streichen. Der Kriegsminister erwiderte, der Vollen entsprechende den Militärkommissionen, worauf der Etat 12 000 000 M. wurde. Bei Kapitel 7 (Geldbesorgung der Truppen) wurde eine Petition der Zahnmeister auf Verschleissung eingehend erörtert. Schatzsekretär v. Stengel erklärte hierbei, daß er hoffe, im nächsten Etatsjahre den Wäandern der Zahnmeister nachkommen zu können. Abdam wird ohne besondere Debatte eine Reihe weiterer Positionen genehmigt und die Weiter-Berathung schließlich auf heute vertagt.

### Ausland.

England. Die Verteilung der von Ausland gesuchten Entschädigungsumme für die Opfer des Huller Zwischenfalles hat nunmehr stattgefunden. Die Witwe des geistlichen Kaplans erhielt 100 000 Mark, während weitere 100 000 Mark den Hinterbliebenen der beiden getödteten Fischer ausgeschüttet wurden. Ein Fischer, dem die Hand abgehauen worden war, erhielt 40 000 Mark. Der Rest von 640 000 Mark ist unter die Eigentümer der in Grund gebohrten oder beschädigten Schiffe verteilt worden.

Italien. Infolge der nicht korrekten Haltung einiger Minister, worunter Luzzatti, will Fortis auf den Antrag der Kabinetsminister verzichten. Der König konfiziert jetzt mit dem Kammerpräsidenten.

Der Briefler Barry wird im Auftrag der christlichen Demokraten eine Antwort auf den jüngsten Hinterschlag des Papstes betr. die Christlich-Sozialen verfassen und ihm dem Papste zugehen lassen. Dieser Brief, der einen offenen Aufbruch gegen die päpstliche Autorität bedeutet, wird mit großer Spannung erwartet.

### Der Krieg in Ostasien.

#### Der Rückzug der Russen.

Nach Reuters Bureau hat das Gros der noch übrig gebliebenen russischen Armees unter Amnitsch Teling erreicht. Wie fast der Rest ist wird nicht berichtet. Lieber Raublers und sein Heer behält die Mächtig. Auf ihrem Rückzuge haben die Russen alle Dörfer verbrannt, was die Japaner bei der noch herrschenden bitteren Kälte bei Ostasien zu bezaubern. Trotzdem haben fortgesetzt kleinere, aber hitzige Gefechte stattgefunden.

Nach einer anderen Reutermeldung ist das Land gedrängt voll von hungrigen, entmutigten Russen, die sich den Japanern in Trupp ergeben. Die meisten fremden Militär-Ataschees sind in oder bei Wladu den Japanern in die Hände gefallen; ebenso mehrere Kriegskorrespondenten. Auf ihren Wunsch sind mehrere Gefangen von den Japanern freigelassen worden. Unter den weislich von Mutden in die Hände der Japaner gefallenen russischen Abteilungen befindet sich das 16. Armeekorps. General Wladinger soll gefallen sein.

Kuropatkin berichtigte in einem Telegramm an den Zaren, er verfüge nicht über genügend Truppen, um Zielung zu halten und werde sich nach Chabin zurückziehen, wo ihm größere Kriegsvorräte zur Verfügung ständen und von wo er bessere Verbindungen mit Wladivostok habe.

Die Belagerung von Wladivostok seitens der Japaner soll jedoch in nächster Zeit in Angriff genommen werden. Gleichzeitig wird die japanische Kriegserklärung eine Expedition entlassen, um von der Insel Sachalin Besitz zu ergreifen.

Ein Reformmarsch der Japaner auf Zielung wird ausgeführt. Eine Marschleistung, wie sie die Japaner vollbringen, löst unerschrocken in der Kriegsgeschichte dastehen.

In Korea haben die Japaner ein Komplott entdeckt, welches bezweckte, die jetzige japanische Vorherrschaft über Korea zu befestigen. Das Komplott, welches offenbar von Agenten der russischen Regierung angezettelt wurde, war grübelich ausgearbeitet. Zuerst sollte der Kaiser von Korea die japanische Vorherrschaft kündigen. Danach sollte der japanische General Saigama, welcher die japanischen Truppen in Seoul kommandiert, ermordet werden. Der Kaiser von Korea sollte dann den Schwur einer der ausländischen Geandtschaften aufsuchen. Die Häufsführer in dem Komplott sind von den Japanern festgenommen worden.

Eine neue russische Anleihe ist in Frankreich abgelehnt worden. Die russischen Offiziere suchen zwar die Lasten zu vermindern, die Dementierung erfolgt jedoch in einer Form, durch welche die Ablehnung bewirkt wird. Es wird zugegeben, daß die Verhandlungen zwar fortgesetzt werden sollen, bisher aber kein bestimmtes Ergebnis gehabt haben.

Kuropatkin soll endgültig abberufen und durch den Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch ersetzt werden.

Die italienische Regierung läßt bahamtlich erklären, daß die Großmacht darüber einig sein, im gegenwärtigen Augenblick ihre Vermittlung zur Beendigung des ostasiatischen Krieges nicht anzubieten. Die Mächte teilen der Ansicht, daß Russland bald selbst zu der Einsicht kommen werde, daß ihm eine Fortsetzung des Krieges unmöglich ist.

### Bergarbeiter-Revolution und Arbeiter-Anstalten.

Die zweite Novelle zum Vergleich erweist sich bei näherem Zusehen als ein mißgutes, von der Regierung abgelehntes Ausleit, was die streikenden Verge der gewaltigen Bewegung im Ruhrrevier erzeugt haben. Eins springt sofort in die Augen: Die im Entwurf festgelegte gesetzliche Einführung der Arbeiter-Anstalten ist ein mißgutes, von der Regierung abgelehntes Ausleit, was die streikenden Verge der gewaltigen Bewegung im Ruhrrevier erzeugt haben. Eins springt sofort in die Augen: Die im Entwurf festgelegte gesetzliche Einführung der Arbeiter-Anstalten ist ein mißgutes, von der Regierung abgelehntes Ausleit, was die streikenden Verge der gewaltigen Bewegung im Ruhrrevier erzeugt haben.

### Bergarbeiter-Revolution und Arbeiter-Anstalten.

Die zweite Novelle zum Vergleich erweist sich bei näherem Zusehen als ein mißgutes, von der Regierung abgelehntes Ausleit, was die streikenden Verge der gewaltigen Bewegung im Ruhrrevier erzeugt haben. Eins springt sofort in die Augen: Die im Entwurf festgelegte gesetzliche Einführung der Arbeiter-Anstalten ist ein mißgutes, von der Regierung abgelehntes Ausleit, was die streikenden Verge der gewaltigen Bewegung im Ruhrrevier erzeugt haben.

für den Fortschreitenden aus wie ein Pfau unter den Himmeln. In Wirklichkeit ist aber von ein Ausfallen rein nichts zu erwarten. Während sie sich, so fliegen sie, tun sie nichts, sind sie überflüssig. Das ist aber dem Problemagnatium nicht, wie ich schon bemerkt, dafür wird dies in besser Weise folgen. Eine Möglichkeit, die sich als einen rüchrischen, aktionsfähigen, zielbewußten Arbeiterverband zu erheben: Wenn die Bergleute sich eine feste, jedoch fließfertige Organisation schaffen! Wenn die Arbeiter durch die gezielte Vorkämpfer Mann für Mann ihren für die eintretenden Kameraden fechten und so jede Unterjochung nichtigfalls mit Arbeitseinstellung beantwortet! Alles in allem: Schenken läßt sich von der Bergarbeiter-Revolution: Sie ist ein Schall und Rauch.“ Das ist aus dem preußischen Geländeparlament verbessert und gelautert hervorgehen wird, magt wohl auch der größte Optimist nicht zu behaupten. Die Arbeiter erleben die Revolution wieder, das ist für sie nur einen Weg gibt: den der Selbsthilfe!

### Gerichtssaal.

#### Strammmer.

Callé, 15. März 1905.

Vorherr: Landgerichtsrat Griesler; Ankläger: Staatsanwalt Dr. Klob.

In der Trennung hatten der Fleischermeister G. und der Fleischerlehrling K. von hier am 6. Dez. v. J. bei dem Transport einer Kuh von Korbetha nach hier einen Aufbruch gemacht. K. teilte gegen die Wille, daß er auf der Kuh dem Zaren einen starken Stroh in die Schwanz steck. Er wurde hierauf von hiesigen Schöffengericht wegen Verletzung und wegen Übertretung der Straßen-Polizei-Verordnung gegen die Verletzung über den Viehtransport zu 30 M. Geldstrafe event. 10 Tagen Haft verurteilt. Der Fleischer G. wurde von erster Instanz freigesprochen worden, da er am Anfang der Fahrt im Stroh gesteckt zu sein, ist bei dem Urteil keine Rolle gespielt worden. Als die beiden Personen mit der Kuh durch Korbetha kamen, trafen sie dort in einer Wirtschaft sehr viel Bier und Schnaps. G. war darauf bestanden, daß er in einem Schaufelgraben liegen lies, wo er schlafend aufgehoben und von wo er flücht wurde. K. teilte, der ebenfalls dort angetrunken war, ließ die Kuh allein nach Halle zu, obwohl die Wirtschaft bestand, daß K. auch wenn sie nicht böse sind, bei dem Transport durch das Stadtgebiet von zwei Personen begleitet sein müssen; auch soll den Tieren eine Wende ungetan sein. Der Fleischerlehrling K. schickte die Kuh mit einem kleinen Stroh, zog am Schnaps, jagte sie aus der Wirtschaft und ließ die Kuh durch den elektrischen Bahn, so daß der Verkehr gehindert wurde. Das Tier war auch nicht mit einem Stroh am Fuß gebunden. Als eine Frau den K. erfuhr, die rohe Mißhandlung des Tiers zu unterlassen, wurde der Lehrling noch frech und behauptete, daß bezüglich des Gefalles keine Klage eingeleitet worden sei, daher hätte ebenfalls wie der Lehrling bestraft werden müssen. Des Lehrlings Berufung wurde antragsgemäß verworfen.

Von Erfolg war auch die Berufung des Kaufmanns Gustav Hildebrand von Döbeln, der vom Schöffengericht über den 20 M. Geldstrafe verurteilt worden war, weil er am 25. Sept. v. J. auf der kleinen Wiese in Halle ein Kilmomade zum Genuss auf der Stelle verkauft haben sollte. Er betritt dies, behauptete, er habe jene Getränke nur in Flaschen verkauft und erziele damit seine Freiproduktion.

Erhöht wurde die vom Schöffengericht verhängte Strafe gegen den Wächter des Bauhofes, der die Verletzung der Straßen-Polizei-Verordnung durch die Verletzung der Straßen-Polizei-Verordnung drei Mal bestraft worden. Er hatte bei der Ausführung eines Neubaus in erheblicher Weise den Konflikt überschritten. So waren Treppen verlegt, nicht ausreichende Abzugöffnungen geschaffen. Der Angeklagte behauptete, er habe durch die Verletzung der Straßen-Polizei-Verordnung keine hohe Meinung bekommen. Das Gericht erhöhte die gegen den Angeklagten verhängte Strafe auf 30 Mark.

### Gingelnd.

Nach dem Bericht des Volksblattes vom Gewerkschaftler Halle vom 3. März muß sehr bedauert werden, daß der Antrag John, nunmehr den Herrn Friedberg zu einem Vortrag über den Generalstreik kommen zu lassen, abgelehnt worden ist. Es erregt den Ansehen, als ob man sich vor diesem Vortrag fürchtet, wie ja auch schon in der öffentlichen Veranlassung des Fachvereins der Zimmerer am 4. März von mehreren Rednern hervorgehoben werden ist, was auch hiesig Beifall findet. Durch ein solches Schicksal-System schafft man die Frage des Generalstreiks nicht aus der Welt. Entweder Friedberg hat recht, oder er hat nicht recht. Um dies endgültig feststellen zu können, ist es nötig, daß Friedberg gehört wird, und zwar in der breitesten Öffentlichkeit, damit die Frage auch für die halleschen Kreise endlich geklärt wird. — Ich glaube hier im Sinne vieler Parteigenossen und Gewerkschaftler gesprochen zu haben. Ein Parteigenosse.

### Gingelnd aus Döbris.

Der Arbeiterführer von Döbris und umliegenden Ortshafen zur Kenntnis, daß die Sozialisten des Herrn Galtwitz Albin Müller usw. von nun an zur Verfügung stehen. Es wird unser früheres Veranlassungslot aufgegeben, und werden unsere Partei- und Gewerkschaftsvereinsammlungen im obigen Lokal in derselben Reihenfolge stattfinden. Auch richten wir das dringende Verlangen an alle noch fernstehenden Kameraden, sich durch ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Es sind mehrere Kameraden, die da sagen: Wenn Ihr erst Sozialisten habt, dann schließt auch ich mich der Arbeiterbewegung an. Das ist nun geschehen, infolgedessen müssen sie nun auch der Welt einfließen. Denn wir sind doch alle nur Arbeiter des Landes, und unsere Verhältnisse sind hierzulande nicht die weitesten, also an der Arbeiterfront selbst nicht zu liegen, so wie die Sozialisten dauernd zu erhalten, indem sie den Welt, soweit es die Mittel erlauben, auch dauernd unterstützen. Roman Droschitz, Vorsitzender.

### Briefkasten der Redaktion.

9. 2. Wählit. Die Bestimmungen darüber werden in den einzelnen Orten von einander ab. Ich habe das von noch die Seite und ist in Ihrer Zeitung, was Sie und auch darüber hat. Und diese Zeit hinaus kommen nur noch für den Wert der Artikel Bestimmungen in Frage.

10. Ein Ehegatte kann auf Scheidung klagen, wenn der andere Ehegatte durch schwere Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten oder durch anderes oder unrichtiges Verhalten eine tiefe Bitterkeit oder unrichtiges Verhalten herbeiführt. Das dem Ehegatten die Fortsetzung der Ehe nicht zugemutet werden kann. Als schwere Verletzung der Pflichten gilt auch grobe Mißhandlung. — Sie müssen zunächst beim Amtsgericht einhundert Mark beantragen.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: H. Weichmann in Halle.











